

## **Mit Blick zurück nach vorn**

### **Grüne Grundwerte nach den Debatten um Aktivierung und Grundeinkommen**

von Dirk Jacobi

Bevor der aktive Wahlkampf für die nächste Bundestagswahl beginnt, werden in den Parteien die Positionen, Policy-Vorschläge und manchmal auch parteiliche Grundüberzeugungen überprüft. Es geht darum, ob diese in der aktuellen Situation noch angemessen sind und an der Wahlurne Erfolg versprechen. Die, zumindest auf mittlere Sicht, dauerhafte Etablierung der Linkspartei im Westen der Republik und damit des Fünf-Parteien-Systems bestärkt diesen Bedarf für eine solche Repositionierung. Dies gilt besonders für eine Partei, die, wie Bündnis 90/Die Grünen, eher auf dem linken Spektrum der Parteienlandschaft verortet ist.

An dieser Aufgabe haben sich dementsprechend auch bei Bündnis 90/Die Grünen eine Reihe von AutorInnen versucht.<sup>1</sup> Hilfsmittel bei dieser Selbstklärung der grünen Position sind die »Bindestrichgerechtigkeiten«, ein emphatischer Begriff der Teilhabegerechtigkeit und öffentlicher Güter (Peter Siller), die erneute Infragestellung des Rechts-Links-Schemas, eine avantgardistische Positionierung (wo wir sind, ist vorne) oder die Diagnose eines dringlichen und für manche Gruppen schmerzhaften Innovations- und Reformbedarfs (Helmut Wiesenthal in dieser Zeitschrift und Ralf Fücks mit seiner Unterstützung des bundespräsidentialen Rufs nach einer Agenda 2020).<sup>2</sup>

Trotz der unterschiedlichen Ansätze zeichnen sich die meisten dieser Beiträge durch eine Gemeinsamkeit aus: Sie versuchen sich nicht an einer Aufarbeitung der jüngeren Geschichte der Grünen. Diese Selbstvergessenheit verwundert, da gerade in den letzten Jahren sehr intensiv um soziale und gesellschaftspolitische Fragen gerungen wurde. Die Debatten um die Aktivierungspolitik wie auch diejenige um das Grundeinkommen waren äußerst spannungsreich und haben gleich eine ganze Reihe von Baustellen für ein programmatisches Weiterdenken hinterlassen. Diese Debatten bergen einen für die Refundierung grüner Positionen noch nicht gehobenen Schatz. Die darin geäußerten Positionen und Argumente offenbaren das gegenwärtige innerparteiliche Meinungsspektrum. Eine Aufarbeitung dieser Auseinandersetzungen birgt also die Chance für ein programmatisches Weiterdenken, welches die gegenwärtige Stimmungslage in der Partei zum Ausgangspunkt nimmt.

Ein solches selbstreflexives Vorgehen ist auch angezeigt, weil Parteien immer vor einer Doppelaufgabe stehen. Zum einen müssen sie möglichst gute Ergebnisse an den Wahlurnen erzielen. Ein gutes Wahlergebnis erhöht die Chance in die Regierung zu kommen oder zumindest den eigenen Anliegen aus der Opposition heraus starken Nachdruck zu verleihen. Zum anderen müssen Parteien aber auch den Zusammenhalt der Mitglieder und Anhängerschaft festigen. Falls dies einer Partei nicht gelingt, besteht die Gefahr, dass innerparteiliche Konflikte die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner in den Hintergrund treten lassen und sich die Partei letztendlich selbst blockiert. Dies scheint auch für Bündnis 90/Die Grünen eine akute Gefahr zu sein. So diagnostizierte der Parteienforscher Joachim Raschke Bündnis 90/Die Grünen mit Blick auf die Regierungszeit eine solche Selbstblockade.<sup>3</sup>

In der Partei Bündnis 90/Die Grünen gibt es zwar einen weitgehenden Konsens über die Dringlichkeit der ökologischen Frage und die Notwendigkeit einer konsequenten Umweltpolitik. Auch in der Frauenpolitik und der Menschen- und

Bürgerrechtspolitik sind die Grünen eindeutig zu verorten. In der Sozial- und Gesellschaftspolitik fällt eine Verortung der Grünen hingegen schwerer. In diesen Politikfeldern sind die innerparteilichen Konflikte zwischen den Flügeln, aber auch quer zu den Flügeln liegend, ausgeprägter.

Eine Repositionierung von Bündnis 90/Die Grünen, die die Anliegen der eigenen Anhängerschaft zum Ausgangspunkt nimmt, steht deswegen gerade in diesen Politikfeldern vor einer Herausforderung. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, ob sich, mit Rückblick auf die zentralen sozial- und gesellschaftspolitischen Debatten innerhalb der Partei, Konsenspotenziale, verbindende programmatische Kernelemente oder vielleicht sogar ein normatives Zentrum von Bündnis 90/Die Grünen herauskristallisieren lässt.

### **Grün paradox: mitverantwortlich für die Hartz-Gesetze und breite Unterstützung für ein Grundeinkommen**

Bündnis 90/Die Grünen wird immer wieder für das Mitwirken an den so genannten Hartz-Gesetzen und der Formulierung des Aktivierungsparadigmas verantwortlich gemacht. Ein aktuelles Beispiel findet sich in dem Buch des Jenaer Soziologen Stephan Lessenich, *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*.<sup>4</sup> Darin ist der Autor in Bezug auf Bündnis 90/Die Grünen davon beeindruckt, »mit welcher bekenntnishafter Begeisterung die Philosophie der Aktivierung im Kontext der Hartz'schen Arbeitsmarktrefor­men von Führungsfiguren der Partei gefeiert wurde«. <sup>5</sup> Ein anderes Beispiel ist die Diagnose von Christoph Egle, der die Auffassung vertritt, dass Bündnis 90/Die Grünen »im Gegensatz zur SPD in der Wahlarena für die beschlossenen Maßnahmen (die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010, DJ) nicht bestraft« wurde und die Grünen deshalb »wenig Veranlassung (hatten, DJ), ihr wirtschafts- und sozialpolitisches Profil zu schärfen«. <sup>6</sup> Diese Diagnosen haben die Tendenz, die Grünen im Rückblick, wenn nicht gleich zur Speerspitze, so doch zumindest zum bereitwilligen Mittäter der Aktivierungspolitik, zu stilisieren.

Wenn die Diagnose von Stephan Lessenich treffend den parteilichen Mainstream der Regierungszeit wiedergibt, ist es umso verwunderlicher, dass schon kurz nachdem das Aktivierungsparadigma in der Partei dominierte, eine sehr ernsthafte und breite Diskussion um eine in wesentlichen Punkten geradezu gegensätzliche Programmatik geführt wurde und wird. Neben die Programmatik der Ermächtigung der Fallmanager und der staatlich vermittelten Aufforderungsmechanik trat ein konkurrierendes Programm sozialstaatlicher Grundgarantien und des Abweisens staatlicher Übergriffe in die Lebensplanung der Individuen: der Diskurs um das bedingungslose Grundeinkommen. <sup>7</sup> Keine andere Partei hat die gesellschaftliche Diskussion um das Grundeinkommen, die von so unterschiedlichen Figuren wie dem Anthroposophen Götz Werner und dem Christdemokraten Dieter Althaus geprägt wurde, intensiver geführt. In keiner anderen Partei hat die Programmatik des bedingungslosen Grundeinkommens mehr Zustimmung auf einem Parteitag erhalten als bei den Grünen, nämlich über 40 Prozent. Und in keiner anderen Partei gibt es mehr Mitglieder einer Bundestagsfraktion, die sich offen für ein Grundeinkommen aussprechen. Diese Verschiebung des innerparteilichen Diskurses mit einem durch die Manifestierung der Linkspartei oder die Oppositionszeit ausgelösten Linksruck von Bündnis 90/Die Grünen verstehen zu wollen, ist im besten Falle unzulänglich. Denn die Spaltungslinie bei der Diskussion Grundsicherung versus Grundeinkommen zog sich quer durch die beiden Strömungen der Partei, den Linken und den Realo-Reformern. <sup>8</sup> Die Erklärung für das Paradoxon, vor ein paar Jahren

Aktivierungsantreiber und kurze Zeit später die Partei, die am Intensivsten und Ernsthaftesten über das Grundeinkommen nachdenkt, muss darin gesucht werden, dass beides, sowohl der Aktivierungsdiskurs, als auch der Grundeinkommensdiskurs zwei, vielleicht sogar untrennbare, Teile eines übergeordneten programmatisch-ideologischen Ganzen der Partei Bündnis 90/Die Grünen sind.

### **Gemeinsamkeiten in der Differenz**

Das eine ist die anspruchsvolle Haltung gegenüber der Mitverantwortung und Mitgestaltung der Gesellschaft durch die Bürger und Bürgerinnen.<sup>9</sup> Sowohl ökologisches Verhalten, verantwortliche Altersvorsorge, elterliches Engagement für das Wohl der Kinder, auch und gerade in den Schulen und Kitas, und nicht zuletzt das politisch-gesellschaftliche Engagement werden zwar flügelübergreifend für genauso selbstverständlich gehalten wie die nachdrückliche, oft auch mit dem erhobenen Zeigefinger der Moral verbundene, aber in der Regel unverbindliche Einforderung dieses verantwortunggetriebenen Engagements. Diese deutlich von der sozialdemokratischen oder christdemokratischen zu unterscheidende Programmatik des Forderns ist eine Elementarprogrammatik bei Bündnis 90/Die Grünen. Seinen Hintergrund hat diese Verantwortungseinforderung in einem gegen den christ- und sozialdemokratischen Staat gerichteten Staatskeptizismus und war insbesondere auf die ökologische Krise gemünzt. Bei der Wahl des Verkehrsmittels und der Lebensmittel wurde und wird die Verantwortung der Individuen für die Umwelt eingefordert und, gebündelt in einem alternativen Lebensstil, auch individuell lebbar. Dabei wird ein weiteres Kennzeichen dieser Verantwortungseinforderung deutlich. Sie zielt nicht auf das individuelle Wohl, sondern auf eine verallgemeinerte Verantwortung, auf das Wohl der Umwelt und damit der Allgemeinheit. Dieser auf das Gemeinwohl zielende programmatisch-ideologische Zug der Grünen hat unter dem Eindruck der Reformsturmethaphorik, von Ruckreden und dritten Wegen leichtfertigen und dabei gewandelten Einzug in das sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Programm von Bündnis 90/Die Grünen gefunden. Die vor allem auf die Lösung der ökologischen Krise zielende und das Mittel der Aufklärung setzende Verantwortungseinforderung verwandelte sich in eine gegenüber den Individuen staatlich einforderbare Verantwortung zum Wohle der Lösung der arbeitsmarktpolitischen Krise, aber auch zum, allerdings extern definierten, Eigenwohl der Arbeitslosen. Entsprechend diagnostiziert Stephan Lessenich völlig zu Recht, dass im Zuge der Sozialreformen der rot-grünen Koalition bei Bündnis 90/Die Grünen »individuelle Risikovorsorge« im »gesellschaftlichen Interesse« mindestens gleichberechtigt neben den »öffentlichen Schutz des Individuums gegen soziale Risiken« trat.<sup>10</sup>

So weit ist die Diagnose richtig, aber sie bleibt unvollständig. Wo Stephan Lessenich zu Recht die staatlich vermittelte, unweigerlich die Individuen der Gefahr der autoritären Gängelung aussetzende Verantwortungseinforderung kritisiert, gewichtet er ein allerdings in dieser Phase rezessiv gewordenes, aber nach wie vor vorhandenes Element grüner Elementarprogrammatik entschieden zu gering. Wenn der von den Grünen eingeschlagene Aktivierungsweg auch fragwürdig ist, so ging es selbst den grünen Autorinnen auf die sich Stephan Lessenich bezieht, um die »Chance, ein selbstbestimmtes Leben zu führen«.<sup>11</sup> Hier wird das andere grundlegende programmatische Element des grünen gesellschaftspolitischen Diskurses deutlich, der Ruf nach Selbstbestimmung und Autonomie und damit nach individueller Freiheit.<sup>12</sup> Auch dieses Eintreten für

individuelle Freiheit war und ist bei Bündnis 90/Die Grünen flügelübergreifend. So ist der Begriff »libertär«, Signum für eine Politik der Verfreiheitlichung, nicht zuerst von dem Linken Robert Zion besetzt worden, sondern von dem öko-libertären Aufbruch der Achtzigerjahre von Grünen aus Baden-Württemberg, die eher dem Realo-Lager angehörten. In dem Policy-Angebot der Partei Bündnis 90/Die Grünen ist entsprechend das freiheitliche Denken breit verankert und manifestiert sich in so unterschiedlichen Vorschlägen wie dem Ablehnen von Studiengebühren aufgrund des Eintretens für die Freiheit der Ausbildungswahl und dem Ablehnen des Kammerzwangs aufgrund des Eintretens für wirtschaftliche Freiheit.

Der hohe Stellenwert von Selbstbestimmung und individueller Freiheit ist sicherlich am deutlichsten erkennbar in der Debatte um das Grundeinkommen.<sup>13</sup> Zweifellos treten die grünen Grundeinkommensaktivisten für einen starken Begriff von Freiheit ein.<sup>14</sup> Einem Freiheitsbegriff, der vor allem die Freiheit der zurzeit am wenigsten Freien in den Blick nimmt. Dieser Freiheitsbegriff unterscheidet sich erheblich von dem auf wirtschaftliche Freiheit verengten und für bestehende Ungleichheiten unsensiblen Freiheitsbegriff der FDP und der CDU/CSU. Der Blick der BefürworterInnen eines Grundeinkommens ist von dem Bewusstsein geprägt, dass Armut genauso unfrei macht wie die Scham, die unvermeidlich entsteht, wenn die Einkommensarmen ihre Einkommensverhältnisse offen legen und sich für Misserfolge rechtfertigen müssen. Die grünen BefürworterInnen eines Grundeinkommens positionieren sich aber nicht im Gegensatz zu einem anspruchsvollen Verantwortungsbegriff. Das Grundeinkommen ist in dieser Sichtweise eine notwendige materielle Voraussetzung, um dem anspruchsvollen grünen Verantwortungsbegriff in Zeiten des desorganisierten Kapitalismus und der Atypisierung der Familienstrukturen gerecht zu werden. Der Unterschied zu dem Aktivierungsparadigma besteht zum einen darin, dass eine Verantwortungseinforderung gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen nicht staatlich vermittelt und schon gar nicht staatlich sanktioniert stattfinden soll, und zum anderen darin, dass die Verantwortungseinforderung sich nicht auf die individuelle Arbeitsmarkteingliederung, wie wichtig diese auch immer ist, reduziert. Stattdessen zielt die Einforderung der Verantwortung aus dieser Perspektive auf ein von den Individuen selbst definiertes Allgemeinwohl.

### **Grüne Grundwerte: Chancen und Risiken**

Die gesellschaftspolitische grundlegende Programmtekonik der Partei Bündnis 90/ Die Grünen der letzten Jahre ist also sowohl geprägt von einem anspruchsvollen Verantwortungsbegriff als auch von einem starken Freiheitsbegriff. Das ist, sozialphilosophisch betrachtet, auch nicht weiter verwunderlich, weil eine Verantwortungszuschreibung nur dann Folgen, im Sinne von sich im Handeln manifestierender Verantwortungsübernahme, zeitigen kann, wenn sowohl ein ausreichender Spielraum für die Verantwortungsübernahme besteht als auch die Möglichkeit, sich der Verantwortung zu entziehen. Falls Letzteres nicht möglich wäre, müsste man die Verantwortung ja gar nicht erst einfordern.<sup>15</sup> Die Suche nach einer ausgewogenen und zugleich regierungs- und koalitionsstauglichen Balance zwischen Verantwortungseinforderung und Freiheitsermöglichung ist die eigentliche Ursache für das Schwanken zwischen Aktivierungsprogrammatik und der Forderung nach sozialen Grundgarantien und somit für die intensiven innerparteilichen Diskussionen zwischen BefürworterInnen einer Grundsicherung und Grundeinkommensaktivisten.

Das gesellschaftspolitische Gravitationszentrum und somit die manchmal vermisste Mitte der Partei Bündnis 90/Die Grünen zeichnet sich in gesellschaftspolitischer Hinsicht also durch die Gleichzeitigkeit eines durchaus anspruchsvollen und verallgemeinerten, weil nicht auf die Familie oder die Erwerbsarbeit verengten Verantwortungsbegriffs und eines emphatischen Freiheitsbegriffs aus. In dieser normativen Refundierung von Bündnis 90/Die Grünen liegt entsprechend auch die Chance zur Überbrückung oder zumindest Abschwächung der Konflikte zwischen den beiden Flügeln der Partei, den Linken und den Realo-Reformern. Somit könnte dies auch der Schlüssel zur Vermeidung einer erneuerten Selbstblockade sein und in der Folge zu einer größeren Wirkmächtigkeit grüner sozial- und gesellschaftspolitischer Positionen in zukünftigen Koalitionen beitragen.<sup>16</sup>

Das Wandeln auf diesem programmatischen Weg, der durch die zwei Eckpfeiler, dem anspruchsvollen Verantwortungsbegriff und dem emphatischen Freiheitsbegriff, gekennzeichnet ist, ist allerdings auch mit vielfältigen Gefahren besetzt. Das ungestüme Voranschreiten auf diesem Weg kann zu einer übermäßigen, die Individuen überfordernden Übertragung von Verantwortung führen. Eine andere Gefahr besteht in einer ausufernden Zumutung von Freiheitsspielräumen, die die Individuen mit persönlichen Entscheidungen ausfüllen müssen. Damit diese Gefahren nicht eintreten, müssen folgende Punkte beachtet werden:

1. Nicht in jeder Situation und von jeder Person kann das gleiche Maß an Verantwortung eingefordert werden. Es ist selbstverständlich ein Unterschied, ob man von jemanden den Verzicht auf die Nutzung eines PKW fordert, wenn ein ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr vorhanden ist, oder ob man das Engagement eines Langzeitarbeitslosen einfordert, der in der Zeit der Arbeitslosigkeit unvermeidlich viel von seinem Zutrauen in sich selbst verloren hat.<sup>17</sup> Die Antwort auf diese Unterschiede in den Fähigkeiten der Individuen und dem Kontext, in dem sie sich befinden, kann nur in der Entwicklung eines kontextsensiblen Verantwortungsbegriffs bestehen.

2. Eine Einforderung von Verantwortung muss, gerade aus einer eher staatskeptischen Perspektive, einhergehen mit einer Freiheitsermöglichung. Eine bloße Einforderung von Verantwortung ohne die Freiheit, diese Verantwortung zu übernehmen oder auch nicht zu übernehmen, ist nichts weiter als ein rhetorischer Winkelzug.<sup>18</sup> Dieser kann, und das wird gerade von konservativen Politikern oft weidlich genutzt, dazu dienen, um Zustimmung bei denjenigen zu erheischen, die alle Möglichkeiten haben, um Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig wird davon abgelenkt, dass die Politik es verschlafen hat, für alle die Voraussetzungen für die Übernahme von Verantwortung zu schaffen. Eine solche akklamatorische Verantwortungspolitik steht im direkten Widerspruch zu einer Politik, die insbesondere das Wohl der zurzeit schlechtest Gestellten in den Blick nimmt.

3. Ein Zuwachs an Freiheit bedeutet nicht nur neue Möglichkeiten, sondern kann auch zu einer Belastung werden. Freiheit bedeutet nicht nur die Chance, sondern auch die Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen. Die Übertragung von Freiheit kann somit auch zu einer Zumutung werden. Deswegen ist nicht nur die Vielfalt an Möglichkeiten entscheidend, sondern auch, ob Rahmenbedingungen vorhanden sind, die es allen ermöglichen zu lernen, wie man Entscheidungen trifft. Dies zu lernen erfordert, dass man falsche Entscheidungen treffen kann, ohne sich existenziellen Gefährdungen auszusetzen. Denn ein Lernen aus persönlichen Erfahrungen ist nur möglich, wenn man sich einen Irrtum auch leisten kann.

## **Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner**

Abschließend stellt sich die Frage, ob die skizzierten programmatischen Elemente auch für den Wettstreit mit den anderen Parteien fruchtbar gemacht werden kann. Darauf deutet einiges hin:

Die Linkspartei weigert sich einen Verantwortungsbegriff zu formulieren, der über eine bloße Unternehmer- oder Managerschelte hinausgeht. Die FDP buchstabiert hingegen Verantwortung nur als Eigenverantwortung aus. Und sowohl SPD als auch CDU/CSU rekurrieren auf einen fast ausschließlich auf Erwerbsarbeit und die eigene Familie verengten Verantwortungsbegriff. Gleichzeitig weisen beide Parteien, gerade auch bei der Aktivierungspolitik, ein starkes Element der staatlichen Verantwortungsführung auf. Eine Stärke von Bündnis 90/ Die Grünen besteht dagegen in dem auf das Allgemeinwohl zielenden Verantwortungsbegriff. Gerade in Zeiten, in denen Vollzeitbeschäftigung für alle erwerbsfähigen Frauen und Männer in weiter Ferne liegt, steckt in einem solchen Verantwortungsbegriff ein enormes Sinnpotenzial (und damit aus der Parteienperspektive auch Wählerpotenzial) für diejenigen, die von vollständig ausfüllender Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind.

Auch der grüne Freiheitsbegriff eignet sich hervorragend für die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien. Während die SPD und auch die Linkspartei mit ihrem Etatismus notwendigerweise einen beschränkten Begriff von Freiheit aufweisen, haben sowohl die FDP als auch die CDU/CSU einen verengten Freiheitsbegriff. Es geht der FDP und der CDU/CSU einseitig um die Interessen und Freiheiten der Unternehmen. Diese Neoliberalen hatten in der öffentlichen Debatte lange die Deutungshoheit über den Begriff der Freiheit. Durch die Finanzkrise ist der Neoliberalismus in die Defensive geraten. Das bietet die Chance, den Freiheitsbegriff den Neoliberalen zu entreißen und in der öffentlichen Debatte neu zu füllen.

Auch weil eine grüne Beteiligung an einer Koalition unter Einschluss der FDP wahrscheinlicher geworden ist, ist es notwendig den Unterschied des grünen Freiheitsbegriffs deutlich heraus zu stellen. FDP und auch CDU/CSU zielen vor allem darauf ab, die negativen Freiheitsrechte zu stärken und zu vergrößern. Diese negativen Freiheitsrechte sind reine Abwehrrechte. Mit ihnen werden die Bürger und Bürgerinnen und auch die Unternehmer vor möglichen Übergriffen des Staates zum Beispiel in die Meinungsfreiheit und das Privateigentum geschützt. Dabei wird jedoch aus den Augen verloren, dass die Abwesenheit von Zwang allein zum Freisein nicht ausreicht.<sup>19</sup> Um wirklich frei zu sein und vorhandene Freiheitsspielräume auch wirklich nutzen zu können, muss man auch mit Fähigkeiten und Ressourcen ausgestattet sein. Anders ausgedrückt, jemand der wohlhabend und gebildet ist, hat selbstverständlich viel mehr Freiheiten, als jemand, der arm und ungebildet ist. Die Verteilungsdimension von Freiheit wird schlichtweg ignoriert. Entsprechend führen die auf diesem verengten Freiheitsbegriff aufbauenden Politikvorschläge in der Praxis dazu, dass sie die Freiheit der eh schon besser Gestellten immer weiter vergrößern. Die schlechter Gestellten haben hingegen kaum etwas davon, wenn es nicht sogar zu ihrem Nachteil ist.

Das Besondere und Eigenständige des grünen Freiheitsbegriffs zeichnet sich dadurch aus, die Notwendigkeit zur Befähigung und von sozialen und monetären Ressourcen für die Ausübung von Freiheit zu betonen. Der vorrangige Einsatz für die Freiheit der zurzeit am wenigsten Freien kann den entscheidenden Unterschied zu den anderen Parteien ausmachen.

Damit wird deutlich, dass die beiden ausgeführten Grundelemente grüner Programmatik, ein auf die Vergrößerung der Freiheit der zurzeit am wenigsten Freien zielender Freiheitsbegriff und ein auf das Allgemeinwohl zielender Verantwortungsbegriff, ein noch lange nicht ausgeschöpftes Potenzial aufweisen. Diese Kernprogrammatik, diese normative Mitte von Bündnis 90/Die Grünen, kann sowohl dazu dienen den innerparteilichen Zusammenhalt zu bekräftigen als auch dazu, sich im Fünf-Parteien-System als sowohl eigenständige wie koalitionsfähige Partei zu positionieren. Damit können diese programmatischen Eckpfeiler entscheidend zu einem Erfolg von Bündnis 90/Die Grünen an der Wahlurne beitragen.

1

Siehe die Beiträge in: *Stachlige Argumente*, 2008, 1. Und *Böll Thema*, 2008, 2.

2

Helmut Wiesenthal: »Vor uns die schwierigen Jahre. Wandel des deutschen Parteiensystems, gesellschaftliche Desintegration und die Zukunft der Grünen«. In: *Kommune*, 4/2008 und Ralf Fücks: »Mut zum Wandel. Plädoyer für eine Agenda 2020«. In: *Böll Thema*, 2/2008.

3

Joachim Raschke: »Sind die Grünen regierungsfähig? Die Selbstblockade einer Regierungspartei«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 10/2001, S. 20-28.

4

Stephan Lessenich (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld: Transcript Verlag.

5

Ebd. S. 94.

6

Christoph Egle: »In der Regierung erstarrt? Die Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen von 2002 bis 2005«, in: Christoph Egle und Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg., 2007): *Das Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 98–123, S. 108.

7

Vergl.: Dirk Jacobi und Bechtler, Cornelius, 2007: »Garantiertes Grundeinkommen: Pro und Contra«. Berlin: Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll-Stiftung.

8

Der Realo-Flügel hat sich 2008 in Reformer umbenannt.

9

Bei der Verortung der Grünen als rein libertär, wie sie Joachim Raschke vorgenommen hat, wird dies übersehen. Vgl. Joachim Raschke, 2001.

10

Lessenich, 2008, S. 95.

11

Katrin Göring-Eckardt und Dückert, Thea, 2003: »Solidarität in Bewegung: Chancen für alle«. Berlin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, S. 1.

12

Vgl. Joachim Raschke, 2001.

13

Diese Debatte begann in der Partei allerdings schon während der Verabschiedung der Hartz-Reformen: Siehe: Dirk Jacobi: »Grüne Sozialmodellierung«, in: *Stachlige Argumente*, 145/2004

14

Vergl.: Wolfgang Strengmann-Kuhn: »Vollbeschäftigung und Freiheit«, in: *Ethik und Gesellschaft*, Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik, 2/2008 ([http://www.ethik-und-gesellschaft.de/pdf-aufsaeetze/EuG-2-2008\\_Strengmann-Kuhn.pdf](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/pdf-aufsaeetze/EuG-2-2008_Strengmann-Kuhn.pdf)).

15

Ausführlich dazu: Robert E. Goodin: »Social Welfare as a Collective Social Responsibility«, in: ders. und David Schmitz (1998): *Social Welfare and Individual Responsibility*, Cambridge University Press, S. 97–195.

16

Joachim Raschke, 2001.

17

Siehe dazu: Claudia Schulz (2008): *Ausgegrenzt und abgefunden? Innenansichten der Armut*, Hamburg: LIT-Verlag.

18

Vgl. Clemens Knobloch: »Die Rhetorik des Präventivstaates«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6/2008.

19

Dazu und zum Folgenden ausführlich: van Parijs, Philippe (1998): *Real Freedom for All*, Oxford: Oxford University Press.